Aufruf
der Nationalliberalen Partei Badens.

Gruß zunächst unseren Tapferen aus dem Felde.

Unbesiegt und ungeschlagen betretet ihr die heimatliche Erde. — Aber ihr findet den alten Staat nicht wieder. — Ueber Nacht ist er aus den Fugen gegangen. Die Monarchien und ihre Regierungen wurden weggefegt. An ihre Stelle sind neue Machthaber getreten, die ihre Befugnisse aus der Tatsache der Umwälzung herleiten. Ausgehalten hat die Staatsmaschine, und die neue Staatsgewalt kann nur arbeiten, weil sie diese Staatsmaschine weiterbenutzt. Der Oberbau des Staates aber fiel, weil er verantwortlich gemacht wurde für die Mißerfolge der äußeren Politik und des Kriegs und für die bejammernswerte Tatsache, daß der Krieg vielen in der Heimat ein eigennütziges Erwerbsgeschäft geworden war. Daß der Gute an der Front sein Leben in die Schanze schlug für die Heimat, während der Schlechte zu Hause die Allgemeinheit aussog, mußte mit eisernen Notwendigkeit das Staatsgebäude ins wanken bringen.

Darum setzen wir an die Spitze unseres Aufrufes

die Wiedergutmachung.

Der Staat muß einen Weg finden, den Vermögenszuwachs, der im Kriege erzielt wurde, wieder zum Staate zurückzuführen, um ihn zu verwenden zur Deckung der Schulden und zur Zahlung der Renten der Invaliden und der Hinterbliebenen der Gefallenen. Kleinbürgerliche Vermögen sind zu schonen.

Wir müssen in vielem umlernen.

Wir haben uns in manchem getäuscht. Wir hoffen aber und wir erwarten, daß unsere Freunde die derzeitige vorläufige badische Volksregierung unterstützen, welche das ernste Bestreben hat, Ruhe und Ordnung im Lande aufrecht zu erhalten.

Freiheit auf allen Gebieten

wird von der neuen Strömung in Aussicht gestellt. Wir hoffen sie wird eine wahre Freiheit sein, eine Freiheit der Meinungsäußerung eine Freiheit der Organisation aller politchen Richtungen, aller Berufsgruppen, insonderheit eine Freiheit des Koalitionsrechts der Arbeiter, nicht zuletzt eine Freiheit der Religionsübung. Wahre Religiosität muß im Volke unterstützt und gepflegt werden.

Freie Bahn dem Tüchtigen!

fordern wir aus innerster Ueberzeugung. Die Schulgeldfreiheit und Lernmittelfreiheit ist einzuführen durch Landesgesetze.

Die Knebelung des Wirtschaftslebens,

soweit sie sich auf untergeordnete Dinge erstreckt und daher mit Recht den Unmut der Bürger und Bauern im ganze Lande hervorruft, ist zu mindern.

Der Staat darf aber nicht umgestürzt werden, weil sonst weder die Besitzenden noch die Besitzlosen nach diesem Umsturz etwas besitzen. Er muß umgebaut werden. Daher Schaffung staatlicher Betriebe und staatlicher Monopole, da wo die Grundlage dazu im heutigen Wirtschaftsleben vorhanden sind. Für Baden steht in erster Reihe der staatliche Ausbau aller Wasserkräfte, die Uebernahme der Elektrizitätswerke auf den Staat, die Versorgung des ganzen Landes durch ein einheitliches System elektrischer Leitungen.

An zweiter Stelle die Verstaatlichung des Berg- und Hüttenwesens, der Kali- und Kohlengruben. Auf den Staat können überführt werden die im Kriege entstandenen Kriegsindustrien, deren Fabriken ohnehin aus Kriegsgewinnen gebaut sind.

Die Sparkassen des Landes müssen durch eine zentrale Organisation miteinander verbunden werden. Die gewaltigen finanziellen Kräfte, über welche die Sparkassen in ihrer Gesamtheit verfügen, können durch ihre Zusammenfassung den Zwecken der Volkswohlfahrt viel stärker dienstbar gemacht werden, als das heute der Fall ist. Als ein den Banken gleichwertiges Institut kann eine solche Sparkassenbank in hervorragendem Maße die Volkswirtschaft befruchten, und sie in vielem ablösen.

Grundlage allen Lebens ist die Landwirtschaft.

Es ist unsere erste Sorge, daß die einheimische Landwirtschaft genügend Erzeugnisse liefert zur Ernährung unserer Bevölkerung [illegible] Nutzbarmachung aller irgendwie noch verwertbaren Flächen in Baden, Unterstützung der Bauern in der Beschaffung von Düngemitteln, in der Melioration ihrer Grundstücke, in der Beschaffung von Maschinen ist ernsteste Pflicht des Staates. Die Mittel der Landwirtschaftskammer welche sie im Kriege angesammelt hat, sind diesen Zwecken unter Kontrolle des Staates, nach und nach zuzuführen.

Die übermäßig großen Güter gehen auf den Staat über.

Soweit in ihnen geeignetes Bauernland enthalten ist, sind daraus unzerstörbare, vererbliche Bauerngüter zu schaffen.

Der städtische Mittelstand,

den der Krieg am schwersten mitgenommen und großenteils an den Bettelstab gebracht, muß im Interesse eines gesunden Staatswesens wieder auferstehen, das Handwerk die vor dem Kriege errungene vielversprechende Entwicklung wieder aufnehmen. Die Beschaffung der Rohmaterialien, insbesondere der in militärischen Beständen vorhandenen, obliegt den Organisationen der Handwerker. Den Beamten, den im Ruhestand Lebenden und den Witwen und Waisen sind ihre Ansprüche zu sichern.

Für den zahlreichsten Stand aber unserer Bevölkerung für die

Arbeiterschaft,

ist eine gesunde Wohnungspolitik Voraussetzung eines gesunden Daseins. Alle soziale Sicherung der Arbeiterschaft hat keinen durchschlagenden Erfolg, wenn der Arbeiter und seine Familie nicht angemessen untergebracht und ihnen nicht ein Anteil am heimatlichen Boden und an der Natur gesichert ist. Hierzu ist nötig die Durchführung des 8-Achtstundentages.

Die Frauen

begrüßen wir als Mitbürgerinnen und Mitarbeiterinnen auf den Gebieten des Erwerbs- und Kulturlebens. Auch für sie anerkennen wir ein Recht auf Arbeit.

Wir sind Badener.

Wir widerstreben allen Absichten, die hierauf hinausgehen, aus Deutschland einen Einheitsstaat zu machen. Die glückliche und vielgestaltige Entwicklung unseres Reichs vor dem Kriege beruht auf der Eigenart seiner Stämme, und auf der Kraft leistungsfähiger Bundesstaaten. Darum, Badener, wehrt euch dagegen, daß fremde Elemente, die ihr nicht kennt, sich anmaßen, euch zu kommandieren, sich in eure Angelegenheiten einzumischen. Die Ordnung unserer Angelegenheiten besorgen wir selbst.

Wir wissen aber, daß das Elend der deutschen Stämme und Völkerschaften erst aufgehört hat mit ihrer Zusammenfassung zur

Reichseinheit,

daß wirtschaftlich die Teile des Reichs nicht bestehen können und daher kulturell verkümmern müssen, wenn sie sich trennen. Darum stehen wir fest auf dem Boden des Reichs. Wir haben den Wunsch, unsere deutsch-österreichischen Brüder in diesem Reich als Mitarbeiter und Mitglieder begrüßen zu können. Wege zu beschreiten, die zu einer Gefährdung der Einheit des deutschen Reichs führen, lehnen wir ab.

Freunde unserer Sache!
Es steht alles auf dem Spiel.

Es gilt, in den nächsten Wochen und Monaten das neue Deutschland zu einem neuen Vaterland zu gestalten, zu einem Vaterland, an das wir nicht nur mit unseren wirtschaftlichen Interessen, sondern mit der vollen Liebe unseres Herzens gekettet sind. Gelingt dies, dann wird unser Volk aus der furchtbaren Erniedrigung der Gegenwart zu besseren Zeiten sich hindurchringen. Gelingt es nicht, so stürzt der Staat in sich zusammen; Leben und Eigentum verfällt dem Zufall, wirtschaftliches und kulturelles Dasein wird unmöglich.

Darum helft alle mit, den heutigen Staat am Leben zu erhalten und umzugestalten.

Das Schadhafte an ihm muß weichen, aber die Grundlagen, die in ihm liegen, sind die alleinigen Grundlagen, auf denen ein neuer Staat und eine neue Zukunft aufgebaut werden kann.

Darum: Auf zur Arbeit!

Die Wahlen zur verfassunggebenden „badischen und zur deutschen" National-Versammlung.

Behufs Aufstellung der Wählerlisten für die am 5. Januar 1919 stattfindenden Wahlen zur verfassungsgebenden badischen Nationalversammlung und der Wählerlisten für die deutsche Nationalversammlung ist die Aufnahme der Wahlberechtigten durch die Schutzmannschaft von Haus zu Haus notwendig.

Wir richten daher an die wahlberechtigte Einwohnerschaft die dringende Bitte, für die richtige Ausfüllung der in den nächsten Tagen zur Ausgabe gelangenden Listen unter genauer Beachtung der nachstehenden Vorschriften besorgt zu sein.

In die Liste, welche in der Regel von dem Hauseigentümer, Hausverwalter und wenn keiner von diesen im Hause wohnen sollte, von dem Hausmieter auszufüllen und zu unterschreiben ist, sind alle reichsdeutschen männlichen und weiblichen Personen des ganzen Hauses aufzunehmen, welche am 5. Januar 1919 bezw. am Tage der zu wählenden deutschen Nationalversammlung das 20. Lebensjahr zurückgelegt und in Emmendingen ihren Wohnsitz haben.

Da auf Grund der Listen die Wählerlisten sowohl für die verfassungsgebende badische als auch für die deutsche Nationalversammlung aufgestellt und zur Wahl nur diejenigen zugelassen werden, welche in die Wählerliste aufgenommen sind, so wird die sorgfältige, gewissenhafte und ungesäumte Ausfüllung der Listen dringend empfohlen.

Die Listen werden von der Schutzmannschaft oder besonders dazu Beauftragte bis spätestens 15. Dezember d. Js. wieder abgeholt werden.

Emmendingen, den 29. November 1918.

Der Gemeinderat.
Rehm.

Bekanntmachung.
Sonderzuteilung von Schuhwerk für landwirtschaftliche Arbeiter betr.

Die Reichsstelle für Schuhversorgung hat dem Kommunalverband eine geringe Anzahl von Kriegsschuhen zur Verteilung an arme in der Landwirtschaft erwerbstätige Personen zur Verfügung gestellt.

Auf die Stadt Emmendingen entfallen 21 Paare.

Dieses Kriegsschuhwerk hat gefräste Vollholzsohlen und ist mit Vorderblatt aus Leder und gestückelten Lederhinterbesätzen versehen.

Der Preis für ein Paar beträgt 12—14 Mk. je nach Größe.

Diejenigen, welche der Schuhe am dringendsten bedürfen, wollen sich am Donnerstag nachmittag in der Zeit von 2—4 Uhr auf dem Rathause Zimmer Nr. 5 melden.

Die Schuhe sind bezugscheinfrei.

Emmendingen, den 3. Dezember 1918.

Das Bürgermeisteramt.
Rehm.

Schotterlieferung Die Straßenbauverwaltung vergibt im Wege des öffentlichen Wettbewerbs die freie Lieferung von 3130 cbm Hartstein-Walzschotter in 6 Losen. Angebote, wozu Vordrucke abgegeben werden, sind spätestens bis Freitag, den 20. Dezember d. Js., vormittags 11 Uhr an die Wasser- und Straßenbauinspektion Emmendingen einzureichen, woselbst auch die Lieferungsbedingungen zur Einsicht aufliegen. Zuschlagsfrist 14 Tage. 4302

Todes- Anzeige.

Verwandten, Freunden und Bekannten machen wir die traurige Mitteilung, dass unsere liebe Mutter, Grossmutter und Schwiegermutter

Maria Magdalena Kern Ww.
geb. Sütterlin

nach kurzer Krankheit am 3. Dezember, im Alter von nahezu 80 Jahren, in dem Herrn entschlafen ist.

Die trauernden Hinterbliebenen:
Familie Karl Limberger, Weichenwärter.
Köndringen, den 4. Dezember 1918.

Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 5. Dezember 2 Uhr nachm. statt.

Danksagung.

Für die vielen Beweise innigster Teilnahme an der Trauerfeier unseres nun in Gott ruhenden Sohnes und Bruders

Friedrich

sprechen wir hiermit allen unsern herzlichsten Dank aus. Besonders danken wir Herrn Pfarrer Stephan für die trostreichen Worte, dem Gesangverein für das erhebende Trauerlied und dem Militärverein für die letzte Ehrenerweisung.

Ottoschwanden, den 2. Dezember 1918.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:
Mathias Hauber.

Aufruf.

Wie bereits durch die Tageszeitungen wiederholt bekannt gegeben worden ist, gehören die Wehrpflichtigen der Jahrgänge 1896 bis 1899 zum stehenden Heere und dürfen vorläufig nicht entlassen werden.

Alle während der Demobilmachung erfolgten Entlassungen solcher Jahrgänge in die Heimat sind daher zu Unrecht erfolgt.

Die seit dieser Zeit durch Truppenteile und Soldatenräte in die Heimat beurlaubten und entlassenen

Wehrpflichtigen d. Jahrgänge 1896 bis 1899

haben sich daher sofort beim

Bezirkskommando Freiburg i. B., Peterstr. 1

zu melden und werden von dieser Stelle ihrem Truppenteil wieder zugeführt.

Freiburg i. B., den 2. Dezember 1918.

Bezirkskommando.

Beitrag für die Suppenspeisung

Von Herrn C. A. Ringwald Fabrikant hier, wurden für den Monat Dezember 1918

Zweihundertfünfzig Mark

gespendet. Wir sprechen dem gütigen Spender den herzlichsten Dank hierfür aus.

Emmendingen, den 2. 12. 1918

Der Gemeinderat.
I. A.: Dürr.

Jagd-Verpachtung.

Die Gemeinde Eichstetten verpachtet am Freitag, den 20. Dezember 1918 nachm. 2 Uhr auf dem Rathaus das ihr zustehende Jagdrecht von 1231 Hektar, worunter 94 Hektar Wald Eichstetter Gemarkung, sind auf weitere 6 Jahre. Die Bedingungen liegen von heute an auf dem Rathause zur Einsicht auf.

Eichstetten, den 2. Dezember 1918.

Der Gemeinderat.

Breisgauer Nachrichten

Verkündigungsblatt der Stadt Emmendingen.

Erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- u. Feiertage.
Bezugspreis: durch die Post frei ins Haus Mk. 2.57 das Vierteljahr, durch die Austräger frei ins Haus 90 Pfg. den Monat.
Anzeigenpreis: die einspalt. Kleinzeile oder deren Raum 20 Pfg., bei öfterer Wiederholung entsprechenden Nachlaß, im Reklameteil die Zeile 40 Pfg. Bei Platzvorschrift 20% Zuschlag. Beilagegebühr das Tausend 6 Mk.
Telegramm-Adresse: Dölter, Emmendingen.

Beilagen: Amtliches Verkündigungsblatt des Amtsbezirks Emmendingen und der Amtsgerichtsbezirke Emmendingen und Kenzingen.
Verbreitet in den Amtsbezirken Emmendingen (Kenzingen), Breisach, Ettenheim, Waldkirch und am Kaiserstuhl.

Wochen-Beilagen: Amtliches Verkündigungsblatt des Amtsbezirks Emmendingen (Amtsgerichtsbezirke Emmendingen und Kenzingen). Ratgeber des Landmanns (4seitig m. Bildern). Breisgauer Sonntagsblatt (8seitig m. Bildern).
Monats-Beilage: Der Wein- und Obstbau im badisch. Oberland, besonders für das Markgräflerland u. den Breisgau.
Fernspr.: Emmendingen 3, Freiburg 1392.

Nr. 284 (Evang: Abigail) Emmendingen, Donnerstag, 5. Dezember 1918. (Kath.: Sabbas) 53. Jahrgang

Die Vorgänge im Deutschen Reich.

Der Kampf um den Reichstag.

WTB. Berlin, 3. Dez. Die Reichsregierung hat folgendes Telegramm an den Reichstagspräsidenten Fehrenbach auf dessen Protest gerichtet: „Ihre staatsrechtliche Auffassung ist unbegründet. Alle Zivil- und Militärbehörden erkennen mit Recht an, daß die gesetzgebende Gewalt beim Rat der Volksbeauftragten liegt. Wir waren deshalb zu den von uns getroffenen Maßnahmen befugt und halten sie aufrecht.
Ebert, Haase.

WTB. Freiburg i. Br., 4. Dez. Reichstagspräsident Fehrenbach hat auf das Telegramm der Reichsleitung hinsichtlich der Stellung des Reichstages folgende telegraphische Antwort erteilt:

„Auf Grund der Revolution können Sie sich ermächtigt halten, den Reichstag aufzulösen. Ich würde dagegen protestieren, aber mich fügen. Solange Sie aber nicht auflösen, sind Sie trotz Revolution an den für ihr geltenden gesetzlichen Bestimmungen gebunden. Nach Ihrer Rechtsauffassung könnten Sie sich ebenso gut über beliebige Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuches oder des Prozeßrechtes hinwegsetzen. Ihr Vorhaben bedeutet die gesetzlose Willkürherrschaft. Dagegen protestiere ich. Fehrenbach, Reichstagspräsident.

*

WTB. München, 4. Dez. Vor dem Ministerium des Aeußern am Promenadenplatz fand heute mittag eine Demonstration statt. Eine Abordnung begab sich zum Ministerpräsidenten, der sie im Beisein des gesamten Ministeriums empfing. Der Sprecher erklärte, daß hinter den Demonstranten die gesamte Münchener Garnison stehe und forderte das Ministerium auf, um antirevolutionäre Propaganda unmöglich zu machen, sofort den Termin der Nationalversammlung für den Volksstaat Bayern bekannt zu machen. Ministerpräsident Eisner versicherte, daß in den nächsten Tagen bereits der Termin für die Nationalversammlung dem Volke bekanntgegeben werde.

*

Vom Reichsernährungsamt.

Berlin, 3. Dez. (Privatmeldung.) Das Reichsernährungsamt steht auf dem Standpunkt, daß es gegenwärtig ganz unmöglich sei, den Wünschen nach Einschaltung des freien Handels irgendwie entgegenzukommen. Es mißbilligt alle Versuche, z. B. des Leipziger und Dresdner A.- und S.-Rates, über den Kopf der Reichsinstanzen hinweg Lebensmittel aus dem Auslande zu beschaffen. Erst wenn die neutralen Staaten über ihr Kontingent liefern, käme für den Einkauf der freie Handel in Frage.

Berlin, 3. Dez. (Privatmeldung.) Die Zentraleinkaufsgesellschaft soll ein Teil des Reichsernährungsamtes werden und als Einfuhrzentrale der bestehenden Reichsstellen dienen.

Berlin, 3. Dez. (Privatmeldung.) Das Reichsernährungsamt plant durchgehende organisatorische Aenderungen zur umfassenden Bekämpfung des Schleichhandels und Wuchers.

Die Zuckerversorgung.

Berlin, 3. Dez. (Privatmeldung.) Ueber die Versorgung der Bevölkerung mit Zucker wird an zuständiger Stelle bekannt, daß eine wesentliche Verbesserung nicht erwartet werden darf. Die durch Einstellung der Fabrikation von Sprengmitteln freiwerdenden Mengen betragen nur ein Zwölftel der Gesamtproduktion. Die Fabriken sind im allgemeinen beliefert, aber die Transportfrage, die Kohlenfrage und die Einführung des 8 stündigen Arbeitstages machen große Schwierigkeiten.

Zum Waffenstillstand und Friedensschluß.

Zwei deutsche Proteste.

WTB. Bern, 3. Dez. Durch Vermittlung der schweizerischen Regierung sind den Vertretern der Entente in Bern folgende Proteste zugegangen:

1. der der deutschen Regierung: Vorliegenden Nachrichten zufolge sind vor einigen Tagen farbige französische Truppen in die Pfalz einmarschiert, dann aber wieder zurückgezogen worden, da sie vor dem im Waffenstillstandsvertrag festgesetzten Termin eingetroffen waren. Es sollen aber auch heute noch an der Südgrenze der Pfalz zum Einmarsch bereitei farbige Truppen stehen. Schon in wenigen Tagen ihres Aufenthaltes in der Pfalz haben sich die schwarzen französischen Truppen Notzuchtsverbrechen und andere Ausschreitungen zuschulden kommen lassen. Die deutsche Regierung muß sich auf das schärfste dagegen verwahren, daß der Bevölkerung eines von der Entente zu besetzenden deutschen Gebietes eine farbige Besatzung zugemutet wird. Sie hat das Recht, zu fordern, daß die Bedingungen des Waffenstillstandes, nach der ihr feierlichst erteilten Versicherung einen Frieden des Rechts herbeiführen, der den Bund der Völker einleiten soll, in einem Geiste gehandhabt werden, der diesem großen Ziele und den allgemeinen Empfindungen der Menschheit entspricht. Die Ueberführung farbiger Truppen auf deutsches Gebiet ist ein Hohn auf die Gefühle der Gemeinschaft der weißen Rasse, ein Gefühl, das auch die Gegner verbinden sollte, zumal da sie nach ihrer Erklärung nach Beendigung des Krieges in einem Völkerbund zusammenzutreten gewillt sind.

Marschall Foch hat der deutschen Waffenstillstandskommission in Spaa telegraphisch angezeigt, daß die Grenze Elsaß-Lothringens gegen Baden, die Pfalz und Luxemburg bis auf weiteres voraussichtlich für 10 Tage gesperrt wird. Dabei wird in das Verbot das Gebiet von Saarbrücken und Saarlouis in die elsaß-lothringische Grenze eingezogen. Den deutschen Delegierten ist vor der Unterzeichnung des Waffenstillstandes bestimmt erklärt worden, daß der Wortlaut des Vertrages strengstens eingehalten und über seinen Inhalt in keinem Punkte hinausgegangen werden soll. Besonders bedingt Artikel 5 keine Aenderung in der bestehenden Verwaltungsorganisation. Unter diesen Umständen sieht sich die deutsche Regierung gezwungen, gegen die Anordnung des Marschalls Foch schärfste Verwahrung einzulegen.

*

WTB. Kassel, 4. Dez. Der Durchmarsch der Truppenteile von der Westfront durch Kurhessen und Waldeck ist bereits im Gange und vollzieht sich in guter Ordnung. Obwohl die Truppen weite Märsche hinter sich haben, sind sie in guter Stimmung.

WTB. Düren, 4. Dez. Zwei englische Kavallerie-Regimenter haben Widekker besetzt. Sie sind im Anmarsch auf Düren. Der Kreis Düren wird 10 000 Mann Besetzung erhalten.

WTB. Köln, 4. Dez. Vom 5. Dezember mittags 12 Uhr ab ist der gesamte Personen- und Güterverkehr von der linken nach der rechten Rheinseite gesperrt.

WTB. Berlin, 4. Dez. Der französische Kommandant von Straßburg hat etwa 100 deutsche Bürger ausgewiesen und in Kehl über die deutschen Linien abschieben lassen. Unter den Ausgewiesenen befinden sich eine große Anzahl angesehener Persönlichkeiten.

WTB. Berlin, 4. Dez. Die deutsche Waffenstillstandskommission stellt gegenüber der von einer Reihe ernsthafter Blätter, gestützt auf eine Meldung der Deutschen Volkswirtschaftlichen Korrespondenz, gebrachten Meldung, daß entgegen dem Artikel 19 der Waffenstillstandsbedingungen, wonach das von Rußland oder Rumänien an Deutschland gezahlte Geld zurückzuzahlen sei und zwar zu Händen der Entente, die Reichsbank auf Verlangen der gegenwärtigen Regierung 240 Millionen Mark zurückgezahlt habe, aber nicht an die Entente, sondern an die bolschewistische Regierung in Moskau, fest, daß die Reichsbank auch nicht für einen Pfennig Gold an die bolschewistische Regierung hat gelangen lassen. Die Reichsbank hat vielmehr in getreuer Ausführung des Artikels 19 des Waffenstillstandsvertrages 93 525 Kilogramm Feindgold im Betrage von rund 346 Millionen Mark nach Frankreich geschickt.

WTB. London, 4. Dez. Reuter. Die interalliierte Konferenz besprach die Dauer des Waffenstillstandes, der wahrscheinlich verlängert werde. Die allgemeine Friedenskonferenz wird in Paris wahrscheinlich Ende Januar stattfinden.

Zwischen Waffenstillstand und Frieden.

Die Feindseligkeiten noch nicht beendigt.

Berlin, 4. Dez. In der „Kreuz-Zeitung" wird geschrieben: „Die Entente betrachtet die Feindseligkeiten noch nicht als endgültig beendigt. England demobilisiert noch nicht, Frankreich erklärt gleichfalls die eigentliche Demobilmachung noch nicht für möglich, und Amerika will von Mitte Dezember zwar täglich 30 000 Mann entwaffnen, deren Rücktransport aber von dem geringen Schiffsraum abhängt. Für die Pläne, die die Entente, oder Teile von ihr, sei es gegen Deutschland, sei es gegen Rußland, hat, braucht sie aber erhebliche Mengen von Truppen, Kriegsmaterial und Schiffsraum. Diese Pläne gehen bei England bis zur Neuordnung Rußlands, die selbst die Besetzung von Moskau und Petersburg ins Auge faßt, bei den Franzosen — wir wollen uns ja nicht darüber täuschen, daß mindestens in der französischen Generalität solche Absichten sehr lebendig sind — bis zum Einzuge in Berlin.

Keine Demobilmachung des französischen Heeres.

Genf, 4. Dez. (Privattelegramm.) Nach Meldungen aus Paris hat der Heeresausschuß der Kammer am Montag dem Antrage der Regierung zugestimmt, die Demobilisierung des Heeres mit Rücksicht auf die ungeklärten Machtverhältnisse in Deutschland vorläufig um 4 Wochen zu verlängern. Die älteren Jahrgänge werden beurlaubt.

Die Wahrheit bricht sich Bahn.

WTB. Bern, 3. Dez. Angesichts der Verleumdung, die über die Behandlung der Kriegsgefangenen in Deutschland in der feindlichen Presse ausgesprochen werden, darf mit Genugtuung verzeichnet werden, daß die französisch-schweizerischen deutschfeindlichen Blätter bei der Durchreise amerikanischer Gefangener einstimmig feststellen, daß es ihnen in Deutschland nicht schlecht gegangen ist. „Journal de Geneve" und „Tribune de Geneve" schreiben, daß die Gefangenen sich nicht über die Behandlung in Deutschland beklagen. Die Lausanner „Revue" lobt ihr ausgezeichnetes Aussehen.

Sonstige Meldungen.

Berlin, 5. Dez. (Privattelegramm.) Wie ein Gewährsmann der „Deutschen Allgemeinen Zeitung" erfährt, ist die Abdankungsurkunde des Kronprinzen nunmehr unterzeichnet worden.

WTB. Budapest, 4. Dez. Das Ungar. Telegr.-Korr.-Büro meldet aus Großwardein: Mittwoch nachmittag ist Generalfeldmarschall v. Mackensen mit seinem engeren Gefolge hier eingetroffen und in der bischöflichen Residenz abgestiegen. Mackensen entsandte den Generalstabschef Schwartzkoppen nach Budapest zur ungarischen Regierung, um in Eisenbahn-, Post- und Verpflegungsangelegenheiten sowie in Internierungs- und Entwaffnungsfragen zu verhandeln. Die gegenwärtigen Anordnungen bezwecken die Zusammenziehung der 170 000 Mann zählenden Mackensenschen Armee von den durch die Entente zu besetzenden Gebieten diesseits der Demarkationslinie.

WTB. Budapest, 4. Dez. Nach einer weiteren Meldung des Ungar. Telegr.-Korr.-Büros ist der Aufenthalt des Generalfeldmarschall v. Mackensen in Großwardein auf etwa vier Wochen berechnet. Der Generalfeldmarschall wird, sobald auf Grund der gegenwärtigen Verhandlungen eine Vereinbarung mit der ungarischen Regierung zustandegekommen ist, mit den ungarischen Behörden in Berührung treten.

WTB. Bern, 4. Dez. (Schweiz. Dep.-Ag.) In der heutigen Sitzung des Nationalrates wurde seitens der Sozialdemokraten das Streikrecht des Staatspersonals gefordert. Der Chef des Eisenbahndepartements erklärte unter Zustimmung der bürgerlichen Mitglieder des Rates, daß eine Arbeitsniederlegung des Staatspersonals nicht ein Streik, sondern eine Auflehnung gegen den Staat sei. Der Bundesrat treffe Maßnahmen, um die Wiederholung des Streiks bei den Bundesbahnen auszuschließen oder wenigstens in seiner gefährlichen Wirkung einzuschränken.

WTB. Newyork, 4. Dez. Reuter. Der Jahresbericht des früheren Staatssekretärs des Schatzamtes Mc. Adoo schätzt die Kriegskosten Amerikas für die 15 Monate bis zum 30. Juni auf 13 222 Millionen Dollar.

WTB. Washington, 4. Dez. Reuter. Wilson ist in Begleitung von Frau Wilson am Dienstag abend von Washington abgereist, um sich am Mittwoch an Bord des Dampfers „Georg Washington" zu begeben, der sofort abfahren wird. Vor der Konferenz wird der Präsident mit Lloyd George, Clemenceau, Orlando und wahrscheinlich auch dem König Albert verhandeln.

WTB. Amsterdam, 4. Dez. Reuter meldet aus Newyork, daß Präsident Wilson heute, Mittwoch früh, nach Europa abgereist ist.

Wilsons Botschaft.

WTB. Amsterdam, 3. Dez. Der ausführliche Text der Botschaft Wilsons in der gemeinsamen Sitzung des Kongresses liegt jetzt in einer erneuten Meldung hier vor: Danach sagte der Präsident: Wir sind im Begriff, diesen Frieden nicht nur für uns, sondern auch für die anderen Völker der Welt zu ordnen. Es ist die internationale Gerechtigkeit, die wir suchen. Was unsere inneren Angelegenheiten betrifft, so ist das Problem der Rückkehr zum Frieden ein Problem der wirtschaftlichen und industriellen Stellung. Dieses Problem ist vielleicht weniger ernst für uns als für die Völker, die länger unter der Unordnung und den Lasten des Krieges zu leiden hatten als wir. In dem Augenblick, wo wir wußten, daß der Waffenstillstand unterzeichnet war, legten wir die Rüstung zur Seite. Die Rohstoffe, auf die die Regierung die Hand gelegt hatte, sind wieder dem allgemeinen Handel zugeführt worden. Große Industrieanlagen, deren Betriebe von der Regierung übernommen waren, sind wieder für die Zweige freigegeben, denen sie vor dem Kriege dienten. Er war jedoch noch nicht möglich, die Kontrolle über die Lebensmittel und die Schiffahrt ebenso rasch zu beseitigen, weil die Welt noch immer durch unsere Getreidespeicher ernährt werden muß und die Schiffahrt noch immer dazu benutzt wird, unsere Leute über See zu versorgen und die Soldaten zurückzuführen, aber auch diese Zwangsmaß

regeln werden so viel wie möglich gemildert werden. Wilson sagte weiter:

Es ist erstaunlich, wie rasch der Prozeß zu friedlichen Verhältnissen sich in drei Wochen seit der Beendigung der Feindseligkeiten entwickelt hat. Wilson sprach dann über die zu treffenden Maßregeln, um während der Uebergangszeit einer zu großen Arbeitslosigkeit vorzubeugen. Bezüglich Belgiens und Nordfrankreichs sagte er: Keine noch so große Entschädigungssumme würde allein genügen, um diese Länder auf Jahre hinaus vor hoffnungslosen Nachteilen zu bewahren. Sie dürfen nicht den Zufälligkeiten einer scharfen Konkurrenz preisgegeben werden.

Von größter Wichtigkeit ist eine sofortige Entscheidung über die für die Jahre 1918, 1919, 1920 zu erhebenden Steuern. Eine sofortige rapide Abnahme in den Ausgaben der Regierung ist nicht zu erwarten. Die Versorgung unserer Truppen auf der anderen Seite des Meeres ist noch immer notwendig. Ein beträchtlicher Teil dieser Truppen muß für die Dauer der Besetzung in Europa bleiben.

Ich nehme bestimmt an, daß der Kongreß das Flottenprogramm, welches festgesetzt wurde, ehe wir in den Krieg eintraten, ausführen wird. Der Sekretär für die Marine hat den Kommissionen der beiden Häuser einen Teil des Programms zur Genehmigung vorgelegt, das sich mit den Bauplänen der nächsten drei Jahre beschäftigt. Der Präsident kam sodann auf die Eisenbahnfrage zu sprechen und sagte in diesem Zusammenhang: Ich glaube, wir dürfen auf den formellen Abschluß des Krieges durch Vertrag bei Beginn des Frühlings hoffen. Zum Schluß sagte der Präsident: Ich begrüße die Gelegenheit, um dem Kongreß meine Absicht mitzuteilen, in Paris mit den Vertretern der Regierung, mit denen wir im Kriege gegen die Mittelmächte assoziert waren, zusammenzukommen, zu dem Zweck, um mit ihnen die Hauptpunkte des Friedensvertrages zu besprechen. Ich bin mir der großen Nachteile, die sich durch das Verlassen des Landes gerade zu dieser Zeit ergeben, bewußt, aber der Entschluß, daß es meine unumstößliche Pflicht sei, hinzugehen, wurde mir durch Erwägungen aufgezwungen, die für Sie ebenso entscheidend sein werden, wie sie mir erschienen. Die alliierten Regierungen haben die Grundlagen für den Frieden angenommen, die ich im Kongreß vom 18. Januar d. Js. diktierte, ebenso wie sie die Mittelmächte angenommen haben.

Diese Abmachungen, auf die wir uns jetzt einigen werden, sind für uns und für die Welt von größter Bedeutung und ich kenne kein Geschöpf ohne Interesse, das ihnen vorgezogen werden dürfte. Es ist meine Pflicht, den vollen Anteil an der Verwirklichung dessen, wofür die tapferen Männer unserer Streitkräfte Leben und Blut geopfert haben, auf sich zu nehmen. Auf mein Ersuchen haben die französische und die englische Regierung die Zensur für die Kabelnachrichten, die vor 14 Tage einbehalten waren, vollständig aufgehoben und es liegt auf dieser Seite keinerlei Zensur vor, außer, wenn es sich um den Versuch geschäftlicher Verbindung mit den feindlichen Ländern handelt. Damit mit möglichst geringer Beeinträchtigung die Benützung der Kabel geschehen kann, habe ich einstweilen die Kontrolle über beide Kabel übernommen, um ihre Benützung in ein einheitliches System zu bringen.

Ich gehe hin, um das Beste in mir zu den gemeinsamen Abmachungen mit den anderen dort befindlichen Leitern der assozierten Regierungen beizutragen. Der Präsident versprach dann, daß er durch Kabel oder auf drahtlosem Wege immer erreichbar sein werde und daß seine Abwesenheit so kurz wie möglich sein werde.

Politische Vorgänge in Baden.

oc. **Karlsruhe**, 5. Dez. Die aus der natl.-lib. Partei hervorgegangene Badische Volkspartei hat den Minister des Aeußern, Oberbürgermeister Dietrich in Konstanz, zu ihrem Parteichef gewählt. Wie die Bad. Landeszeitung mitteilt, sind die großen natl.-lib. Vereine bereits vollständig, die kleineren Vereine in so großer Zahl der neuen Partei beigetreten, daß ihr Bestand unbedingt gesichert ist. Auch der jungliberale Verein Karlsruhe hat den Beitritt zu der neugegründeten Badischen Volkspartei beschlossen.

Die unter dem Namen „Christliche Volkspartei“ gegründete neue Parteiorganisation, in welcher sich die konservativen Elemente Badens vereinigten, veröffentlicht ihren Wahlaufruf, indem sie sich bereit erklärt, trotz ihres monarchischen Ideals auf dem Boden jeder geordneten Staatsform mitzuarbeiten. In dem Wahlaufruf wird weiter die Rückkehr von der Gewaltherrschaft zur parlamentarischen Regierungsform und die Sicherung des Einflusses von Religion und Kirche im Staat gefordert. Zum Schluß verlangt die christliche Volkspartei Maßnahmen zum Schutz des deutschen Volkes gegen politische Bevormundung und wirtschaftliche Vergewaltigung von Seiten jener Kreise des Judentums, die ihre internationale Macht und finanziellen Interessen über das Wohl des deutschen Volkes und Vaterlandes stellen.

In einer Sitzung des Arbeiterrates Heidelberg wurde ein Beschluß gefaßt, die Heidelberger Presse zu veranlassen, die Wahlaufrufe aller Parteien in ihrem Anzeigenteil zu veröffentlichen. An maßgebender Stelle soll dahin gewirkt werden, daß die Presse besonders während der Wahlperiode besser mit Papier versorgt werde, um den an sie gestellten Anforderungen nachzukommen.

oc. **Mannheim**, 4. Dez. Wie die Volksstimme mitteilt, sind neuerdings hier Kräfte an der Arbeit, die bisher glatt und ruhig verlaufene Revolution in das Fahrwasser der Berliner Spartakusgruppe zu drängen. Die alten Führer der Unabhängigen hätten anscheinend die Zügel über ihre eigene Partei verloren, denn am letzten Samstag versuchten einige der Radikalen die Arbeiter zur Arbeitseinstellung zu bewegen. Dem Vollzugsausschuß des A.- und S.-Rates gelang es jedoch, die Absage dieses unverantwortlichen Vorgehens zu erwirken. Später kam es dann zu einem Demonstrationszug, wobei einige hundert Menschen vor die hiesigen Zeitungsdruckereien zogen und ihrer Forderung nach einem eigenen Zeitungsorgan der Unabhängigen Nachdruck zu verleihen. Die ganze Demonstration verlief ergebnislos.

oc. **Heidelberg**, 4. Dez. Die Wahlkreiskonferenz der Deutschen demokratischen Partei für den Unterrheinkreis Mannheim-Heidelberg-Mosbach sprach sich einmütig dahin aus, daß alle separatistischen und partikularistischen Bestrebungen Badens, Süddeutschlands, der Rheinlande oder irgend welcher anderer Teile des deutschen Reichs zu verwerfen und zu bekämpfen sind.

Aus Baden.

oc. **Karlsruhe**, 2. Dez. Die evangl. Generalsynode, welche in der vergangenen Woche hier tagte, nahm eine Entschließung an, in welcher die völlige Trennung von Kirche und Staat für beide Teile als schädlich bezeichnet und die Beibehaltung des Religionsunterrichts in den Schulen gefordert wird. Ferner wird verlangt, daß der theol. Fakultät in Heidelberg ihre bisherige Stellung innerhalb der Universität als wesentlicher Bestandteil der Geisteswissenschaften gewahrt bleibe.

oc. **Karlsruhe**, 3. Dez. Ueber die bisher in den evg. Gottesdiensten ausgesprochene Fürbitte für den Großherzog und den Kaiser hat der evg. Oberkirchenrat angeordnet, daß, nachdem der Großherzog auf den Thron verzichtet habe, dieses Fürbittengebet für ihn als regierenden Fürsten in der bisher geltenden Weise in öffentl. Gottesdiensten keine Anwendung mehr finden könne. Das schließe aber nicht aus, daß dankbare Erinnerung an alle Wohltat und allen Segen, die der bad. evg. Landeskirche von dem bisherigen Landesherrn zugeflossen sind, das Bedürfnis wecke, auch vor versammelter Gemeinde Fürbitte für ihn und sein Haus zu tun. Das gleiche gelte für Kaiser Wilhelm und sein Haus.

oc. **Karlsruhe**, 4. Dez. Die Verordnungen der bad. vorl. Volksregierung, welche die Allgemeinheit betreffen und von besonderer Bedeutung sind, werden künftig auch als Plakate auf farbigem Papier in den Gemeinden angeschlagen.

oc. **Karlsruhe**, 2. Dez. An einem Bahnübergang beim Stadtteil Mühlburg wurde ein 28jähriges Mädchen namens Anna Wutz von einem Zuge überfahren und so schwer verletzt, daß sie bald darauf starb.

oc. **Mannheim**, 4. Dez. Auf eine Anfrage an Scheidemann und Erzberger wurde dem hiesigen Arbeiterrat die Mitteilung, daß Mannheim nach den Waffenstillstandsbedingungen und der persönlichen Meinung der Befragten keine feindliche Besetzung erhalten wird.

oc. **Mannheim**, 3. Dez. Ein 16-jähriges Mädchen wollte mit einem 10-jährige Knaben über den Mühlauhafen fahren. Dabei kam der Nachen zwischen zwei Schiffe, wurde zertrümmert und der Knabe sank ins Wasser und ertrank.

oc. **Plankstadt** bei Schwetzingen, 3. Dez. In der Nacht zum Sonntag ist die Bagage einer hier einquartierten Scheinwerfertruppe von Soldaten geplündert worden. Es wurden für mehere tausend Mark Lebensmittel und Ausrüstungsgegenstände gestohlen.

Vom Neckar, 2. Dez. Ein bemerkenswerter Vorgang spielte sich auf dem Neckarwiesenec ab. Dort waren etwa 3000 Pferde, große Rasse, Belgier und Pony, vom österreichischen Militär zurückgelassen worden. Nachdem zuerst für gute 6—10jährige Pferde bis 200 Mark, ausnahmsschöne bis 500 Mark geboten wurden, kamen die meisten, hunderte heute nachmittag mit 10, 20 und 50 Mark weg. Der Rest soll nun, um die Tiere nicht ganz verschenken zu müssen, nach dem Münsinger Uebungsplatz kommen. Dabei sei noch erwähnt, daß zu diesen Preisen noch junge, gute, nur etwas magere Pferde abgegeben werden mußten, die größtenteils an Händler kamen und nach Karlsruhe zu und den Neckar abwärts abtransportiert werden.

oc. **Neckargemünd**, 4. Dez. Beim Aufspringen auf einen in voller Fahrt befindlichen Wagen der Heidelberger Straßenbahn wurde ein 50jähriger Mann eine Strecke weit geschleift, dann kam er unter den Anhängewagen, wobei ihm beide Beine abgefahren wurden.

oc. **Pforzheim**, 4. Dez. Das Städt. Gaswerk gibt bekannt, daß infolge des hohen Gasverbrauches und der ungenügenden Kohlenzufuhr mit einer Einstellung der Gasabgabe zu rechnen ist. Denjenigen Familien, die bisher nur einen Gasherd hatten, wird vom Gaswerk geraten, sich für eine andere Kochgelegenheit zu sorgen.

oc. **Forbach** (Murgtal.) 4. Dez. In aller Stille ist in der Mitte des vorigen Monats das Murgwerk in Betrieb genommen worden. Der Gedanke, die Wasserkraft der Murg nutzbar zu machen wurde schon im Herbst 1906 von der Generaldirektion der Bad. Staatsbahnen gefaßt. Da dann aber die Untersuchungen, daß das Murgwerk weit mehr Kraft zu liefern im Stande ist, als die Eisenbahnverwaltung selbst bedarf und der größte Teil der Kraft an Gemeinden, Industrielle und Private abgegeben werden konnte, wurde die Weiterbehandlung der Frage des Murgwerkbaues der Oberdirektion des Wasser- und Straßenbaues übertragen. Der Staatsvoranschlag für das Jahr 1912/13 enthielt die erste Teilforderung für das Werk, mit dessen Bau im Frühjahr 1914 begonnen werden konnte. Zu Beginn des Krieges mußten die Bauarbeiten vorübergehend eingestellt werden, doch gelang es im Herbst 1914 die Arbeiten wieder aufzunehmen und, allerdings unter sehr erheblichen Schwierigkeiten fortzuführen. Die Baukosten, die infolge des Krieges ganz erheblich gestiegen sind, erreichten eine Gesamthöhe von etwa 23 Mill. Mk. Gleichwohl erscheint lt. Karlsr. Ztg. die Wirtschaftlichkeit des Werkes, das als erstes seiner Art als Staatswerk in Deutschland zur Ausführung gekommen ist, bei dem zu erwartenden vollen Absatz des Stromes gesichert.

oc. **Baden-Baden**, 3. Dez. Im Zustand geistiger Umnachtung, hervorgerufen durch nervösen Zusammenbruch, hat sich der Verwalter der hiesigen Filiale der Südd. Diskontobank, Arthur Landfried, erschossen.

oc. **Kappelwindeck**, b. Bühl, 4. Dez. In einer hiesigen Wirtschaft hantierte ein Jäger des Bühler Battaillons mit einem Militärrevolver. Durch Unvorsichtigkeit endlud sich die Waffe und traf den eben erst vom Felde heimgekehrten Sohn der Lammwirtin Doll so unglücklich, daß der Tod des jungen Mannes sofort eintrat.

oc. **Dinglingen** bei Lahr, 3. Dez. Aus dem Stalle eines Landwirts wurden zwei einem Art.-Regt. gehörende Pferde gestohlen. Von den Tätern hat man noch keine Spur.

oc. **Klengen** bei Villingen, 4. Dez. Durch Feuer wurde das große Gasthaus zum „Sternen“ der Witwe Gaiser vollständig eingeäschert. Der Viehbestand konnte gerettet werden. Der Schaden soll 50 000 Mark betragen.

oc. **Meßkirch**, 3. Dez. Das achtjährige Söhnchen des Kaufmanns Kleinfelder spielte mit einem Revolver, von dem man glaubte, er sei nicht geladen. Plötzlich krachte aber ein Schuß, dem Knäbchen drang die Kugel in den Kopf und führte den sofortigen Tod herbei.

Der lange Kerl.

Roman von A. von der Elbe

(33. Fortsetzung.)

„Mein Kammerjunker vom Dienst!“

Der Gerufene trat ein.

„Ich lasse meinen Staatsminister von Münchhausen und die Herren von Minigerode und von Strahlenheim sogleich hierher in mein Arbeiszimmer befehlen. Und dem Hofmarschall sag' Er, daß er die Gesellschaft in meinem Namen verabschiede.“

Der junge Hofbeamte klappte in Ehrerbietung zusammen und verschwand.

Georg wandte sich dem Gefährten zu: „Er sieht, daß ich Ernst mache, nun schlaf Er aus, morgen früh ist mein Reskript in London-Schenke.“

Kramer verneigte sich tief; es kam über ihn, als müsse er sich auf die Kniee werfen, er, der es verabscheute, vor Menschen zu knieen, und als der König dem Wankenden, tief Erschütterten die fleischige, weiße Hand, von Brillanten funkelnd, zum Abschiede reichte, warf sich der Pastor darüber, riß sie an seine Lippen, und Georg fühlte, wie eine Träne darauf fiel, eine heiße Träne der Dankbarkeit; dann ging Kramer.

Im Vorzimmer tauchte Doktor Klingemann hinter der Fenstergardine hervor. Er reckte sich, gähnte, kam aber eilig auf den Eintretenden zu: „En perfection abgelaufen, Ehrwürden?“ flüsterte er, mit einem Seitenblick auf Pagen und Kammerdiener, die drüben warteten.

Die beiden Männer traten zusammen auf den Flurgang hinaus, und der Pastor erzählte erregt, mit leisem Beben der Stimme, von seiner Audienz beim Könige, wie tief dieser von dem Uebergriff der Werber verletzt gewesen sei und daß er noch diesen Abend das Minister-Conseil herbeirufen lasse, um eine öffentliche Bekanntmachung abzufassen.

„Wie ich Friedrich Wilhelm kenne,“ sagte der Doktor mit Achselzucken, wird den das wenig genieren. Wo er ein taugliches Gardesubjekt ergattern kann, nimmt er sich's. Gegen seinen unwiderstehlichen Willen hat noch keiner mit Erfolg protestiert.“

„Gott wird dem Rechte helfen, unerforschlich sind seine Wege!„

„Recht hin, Recht her, in unserer auf das Reale posierten Welt regiert die Macht.“

„Ich als Prediger des Christentums und Vertreter der zehn Gebote kann solche Meinung nicht billigen.“

„Meint Ihr, daß ich's tue? Ich referiere nur die Tatsache, so ist der Welt Lauf? Kommt es zum äußersten, so entscheiden die Kanonen.“

Der Pastor erschauerte, ihn fror plötzlich bis ins Mark, seine friedfertige, bescheidene Seele wehrte sich gegen den Gedanken, daß er durch seine Anklage vielleicht einen Stein ins Rollen gebracht haben könne, der, eine Lawine lösend, unsägliches Kriegselend über sein Vaterland herabstürzen lasse.

Schweigsam gingen die beiden Männer ein paar Schritte nebeneinander weiter.

Da kamen vom Ende des Korridors die drei herbeibefohlenen Minister ihnen entgegen. Zwei rot livrierte Lakaien trugen silberne Armleuchter mit brennenden Kerzen voraus.

Als der Zug der ernsten, würdigen Männer, der ersten im Staate, nahte, traten der Doktor und Kramer zur Seite und verbeugten sich tief.

Nun nimmt das Verhängnis seinen Lauf, nichts ist mehr zu halten und zu ändern, dachte der Pastor, aber sie werden ein Unrecht sühnen, und mir meinen armen Sohn wiedergeben.

Als der Pastor mit Klingemann draußen in der sommerlichen Nacht stand, hörten sie von fern das Geräusch fortrollender Wagen und sahen die letzten Festgäste den Schloßhof verlassen.

Kramer dankte seinem teilnehmenden und hilfreichen Begleiter, der ihm die Hand schüttelnd sagte:

„Hat mich gefreut, Euch en bonne santé zu sehen und couragiert dazu. Reist getrost nach Hause, was möglich ist, wird gewiß in Eurer Affäre geschehen.“

Sie trennten sich, und der Pastor schritt tief bewegten Gemüts die Straße entlang, die taghell vom klaren Mondlichte beleuchtet vor ihm lag und wandte sich seiner Herberge zu.

Neuntes Kapitel.

An dem Morgen, als Pastor Kramer seiner großen Aufgabe entgegen ritt und Brome verließ blieb Justus Pöhle in der allergrimmigsten Laune auf dem Hofe zurück.

Ruth hatte ihm kaum einen Blick gegönnt und er tat doch, was er konnte, für die Ihrigen. War dies ein bräutliches Verhalten, konnte er sich ihre Nichtachtung, ihre Unart gefallen lassen?

Die Pastorin sagte ihm ein paar freundliche Worte. Ruth sei erschüttert von des Bruders Schicksal und die Abreise des Vaters, sie wolle gewiß ihre Tränen nicht sehen lassen, sie sei darin so eigen, aber der gekränkte Bräutigam antwortete ihr unwirsch und stürzte fort.

Der Zorn kochte noch von gestern in ihm: das seinem Freunde Johannes angetane Unrecht, der Gedanke an den von ihm seit Kindesbeinen Geliebten und Verehrten, und an die abscheuliche Lage, in der sich der Unglückliche befand, rumorten in seinem hitzigen Gemüte und ließen ihn nicht zu Ruhe kommen.

Er wollte noch einmal mit Fritz Piepenbrink sprechen. Sein auflodernder Zorn hatte ihn gestern abend verhindert, jede Einzelheit in der Erzählung des Bauern zu beachten und sich zu merken. So wandte er sich dem Häuschen des bescheidenen Kätners zu.

Fritz war auch schon aus den Federn, er kam mit ein paar Eimern aus der Tür, um Wasser vom Ziehbrunnen zu holen und sperrte Mund und Augen auf vor Staunen, Herrn Pöhle schon in Brome zu sehen: „Seid aber früh zu gange,“ murmelte er.

(Fortsetzung folgt.)

oc. **Waldshut**, 3. Dez. Die badischen Gemeinden Jestetten, Lottstetten und Büsingen haben den Anschluß an die Schweiz beschlossen. Die Gemeinde Lottstetten zählt 790, Jestetten 1280 und Büsingen 800 Einwohner.

oc. **Konstanz**, 3. Dez. Die Freibg. Volkswacht berichtet, daß kürzlich auf einer hiesigen Bank 100 000 abgehoben worden seien mit der Absicht, den Betrag nach der Schweiz zu bringen.

oc. **Konstanz**, 3. Dez. In der letzten Stadtratssitzung kam es zu einer Vertrauenskundgebung für Oberbürgermeister Dietrich, wobei sich alle anwesenden Stadtratsmitglieder dahin aussprachen, Oberbürgermeister Dietrich möge trotz der Uebernahme des Ministerpostens auch fernerhin im Amte bleiben.

oc. **Ueberlingen**, 4. Dez. In einer hiesigen Fabrik wollte ein 17-jähr. Arbeiter einen Tranzmissionsriemen auflegen. Er wurde dabei von der Welle erfaßt und auf der Stelle getötet.

Vermischte Nachrichten.

oc. **Aus Hohenzollern**, 3. Dez. Wie der Südd. Ztg. berichtet wird, wird besonders in der Gegend von Sigmaringen für einen Anschluß dieses Oberamtsbezirks an Baden Stimmung gemacht.

WTB. **Bern**, 4. Dez. Lord Buxton kündigte an, daß die Grippe unter der weißen und der schwarzen Bevölkerung Südafrikas bis jetzt über 50 000 Todesopfer gefordert hat.

Aus dem Breisgau und Umgebung.

Emmendingen, 5. Dezember.

oc. **Die Jagd in der neutralen Zone** unterliegt, wie die Waffenstillstandskommision auf eine Anfrage mitteilt, keinen besonderen Beschränkungen.

oc. **Amerikanische Lebensmittel für Baden.** Die vorl. Volksregierung ist bei der Reichsleitung dahin vorstellig geworden, daß bei einer etwaigen Verteilung amerikanischer Lebensmittel auch Baden gleichmäßig bedacht würde. Die Reichsleitung hat daraufhin mitteilen lassen, daß sie auch ihrerseits, bei der Verteilung der Lebensmittel, die etwa von Amerika zur Verfügung gestellt werden, alle Reichsteile gleichmäßig zu berücksichtigen. Die bad. Volksregierung wird der Frage auch fernerhin ihre volle Aufmerksamkeit zuwenden und alles tun, was in ihren Kräften steht, damit zur gegebenen Zeit die Zusage der Reichsleitung auch verwirklicht werde.

oc. **Die Höchstpreise für Pferdefleisch** entsprechen vielfach nicht mehr den Preisen für Schlachtpferde, da infolge des starken Angebots von Schlachtpferden die Preise hierfür gesunken sind. Die Kommunalverbände wurden daher ermächtigt die bisherigen Höchstpreise herabzusetzen.

— **Versteigerung von Militärpferden.** Wie das Kriegsministerium bekanntgibt, werden bei den öffentlichen Versteigerungen der durch Beendigung des Krieges überzählig werdenden Dienstpferde als Zahlungsmittel Kriegsanleihen zum Nennwert in Zahlung genommen, und zwar die fünfprozentigen Schulverschreibungen aller Kriegsanleihen ohne Unterschied und die erstmalig bei der 6. Kriegsanleihe ausgegebenen 4½-prozentigen auslosbaren Schatzanweisungen, jedoch nur in Grenzen des Kaufpreises. Herauszahlungen in Bar finden nicht statt. Bei den Pferdeversteigerungen werden Käufer, die die Bezahlung in Kriegsanleihe anbieten, bei sonst gleichen Geboten vor anderen berücksichtigt. Der laufende Zinsschein der Kriegsanleihestücke wird dem Käufer belassen. Dieser hat dafür neben dem Kaufpreise die Stückzinsen vom Zahlungstage bis zum Tage der Fälligkeit des Zinsscheines zu entrichten.

Vorsicht mit Sprengkapseln. Von durchziehenden Soldaten werden des öfteren die Sprengkapseln für Stielhandgranaten, kleine Kupferröhrchen, deren eine Seite offen ist, auf die Straße geworfen, um sich ihrer auf einfache Weise zu entledigen. Die Soldaten bedenken dabei nicht, welches Unheil sie damit anrichten können. So wurde uns von einem Landsturmmann der hiesigen Gegend berichtet, daß Kinder seines Ortes eine ganze Schachtel mit Sprengkapseln fanden, die sie gewaltsam öffneten und die Sprengkapseln teils ins Feuer warfen, teils mit einem Hammer darauf schlugen, um sie zur Explosion zu bringen. Dabei flog einem dabei stehenden 3jährigen Mädchen die Ladung ins Gesicht und verbrannte es derartig, daß es wahrscheinlich für immer sein Augenlicht verlieren wird. Ihr Eltern, paßt auf eure Kinder auf. Wo ihr solche Sprengkapseln oder auch Patronenhülsen findet, gebt diese auf dem Rathause ab, ihr werdet manches Unglück verhindern.

Die Handelskammer für den Kreis Freiburg i. Br., die sich bei der Reichsbekleidungsstelle mehrfach für Erleichterung des Bezugscheinwesens und des Verkehrs mit Web-, Wirk- und Strickwaren eingesetzt hat, weist darauf hin, daß mit Wirkung vom 27. November 1918 die vor kurzem in Aussicht gestellte Erweiterung der sogenannten Freiliste eingetreten ist. Unter anderem wurde auch die von Handelskammern und Verbänden angestrebte Aufhebung der Beschlagnahme von Tischwäsche in Groß- und Kleinhandelsgeschäften verfügt. Die betreffenden Bestimmungen können auf der Handelskammer eingesehen werden. Was die Beschlagnahme der im Besitze von Hotel-, Gast- und Schankwirtschaften befindlichen Haus- und Tischwäsche betrifft, so hat die Freiburger Handelskammer gleich anderen Körperschaften sich mehrfach für Aufhebung der einschlägigen Vorschriften eingesetzt, doch ist eine erleichternde Verfügung noch nicht getroffen, wenn auch erhofft werden darf, daß die Reichsbekleidungsstelle auch diesen, neuerdings wieder geltend gemachten Wünschen entgegenkommt.

⊙ **Waldkirch**, 3 Dez. Am Montag, den 9. d. Mts., nachmittags 5 Uhr, findet im Rathaussaal eine Sitzung des Bürgerausschusses statt, der nachstehende Tagesordnung. vorliegt: 1. Verkauf von ca 250 Quadratmeter Gelände auf der „Au“ ohne öffentliche Versteigerung. 2. Erwerb der beiden Grundstücke Lgrb. Nr. 697 und 698 zusammen 78 ar Wiesen unterhalb des sog. „Wegweisers“. 3. Bewilligung bezw. Erhöhung der zu Anfang dieses Jahres genehmigten Kriegs- (Teuerungs-) Zulagen für die städt. Beamten, Angestellten und Arbeiter.

Neueste Meldungen.

Der Postverkehr mit den deutschen Schutzgebieten freigegeben.

WTB. **Berlin**, 4. Dez. Nach amtlicher Mitteilung der englischen Regierung ist der Postverkehr mit den von den Englän- dern besetzten deutschen Schutzgebieten wieder freigegeben worden. Wie bereits von der Waffenstillstandskommission mitgeteilt wurde, sind alle Postsendungen für Angehörige der Schutztruppe in Deutschostafrika und für andere in Deutschostafrika befindliche Deutsche nach Daressalam zu Händen des englischen Oberkommandierenden zu senden.

„Kein Friedensdiktat“.

Eine Erklärung Lansings über die amerikanische Friedenspolitik.

Berlin, 4. Dez. (Privatmeldung.) Der Pariser Herald meldet aus Newyork: Auf die Anfrage mehrerer Senatoren im Senat erwiderte Lansing:

Es findet keine diktatorische Festlegung der Friedensbedingungen gegenüber den Mittelmächten statt, sondern eine freie Aussprache. Die Voraussetzung hierfür aber sei, daß eine vom deutschen Volke beglaubigte Regierung vorhanden sei.

Diese Erklärung Lansings beweist aufs neue, daß die Vereinigten Staaten durchaus nicht gewillt sind, ihre Politik auf dem Friedenskongreß restlos in den Dienst des englischen Jingoismus und der französischen Nachepolitik zu stellen. Wilson hält vielmehr an seiner idealen These, über den Parteien einen Frieden des Rechts schaffen zu wollen, energisch fest. Somit können wir die neue Erklärung Lansings als einen hoffnungsvollen Auftakt zur Friedenskonferenz begrüßen, wenn wir auch nicht verhehlen wollen, daß Wilsons ethischer Wille noch schwere Kämpfe mit dem Imperialismus der Entente zu bestehen haben wird. Noch ist das drohende Gespenst eines reinen Gewaltfriedens keineswegs gebannt, unter den uns Herr Clemenceau in erster Linie beugen möchte. Aber es liegt hinsichtlich den eigentlichen Friedensbedingungen auch noch kein absoluter Grund zu nachtschwarzem Pessimismus vor; denn wir wissen noch nicht, wie sich in den praktischen Einzelheiten der Friede in Wilsons Kopf malt und welche Macht seine persönliche Politik des Pazifismus und der Demokratie am Friedenstisch darstellen wird. Ebenso dürfte die Friedensaussprache noch mancherlei Ueberraschungen zeitigen. Wir haben also zwischen Waffenstillstand und Frieden die Politik des Abwartens innezuhalten, wie auch Lansings Erklärung schließlich einen allgemeinen Satz darstellt, der noch der Präzisierung bedarf.

Eingesandt.

Vorsicht Geschäftsleute! Beim Umtausch des Papierstadtgeldes auf der hiesigen Stadtkasse erhält man Rollen von städtischem Hartgeld, welche weder überschrieben und zum Teil auch nicht richtig gezählt sind. Bringt man diese mangelhaften Rollen die nicht stimmen wieder zur Stadtkasse, dann wird man von dieser auf Rathaus verwiesen. auf dem Rathause bekommt man den Bescheid, daß dies öfters vorkommt und es müsse eine schriftliche Eingabe gemacht werden. Wegen 5 oder 10 Pfg. welche in einer Rolle fehlen muß also eine schriftliche Eingabe gemacht werden. Geschäftsleute zählt daher die Rollen sofort auf der Stadtkasse nach und verweigert eventl. die Annahme.

Evangelischer Gottesdienst in Emmendingen.

Donnerstag, den 5. Dez., abends 8 Uhr: Adventsandacht (Stadtpfarrer Braun).

Kathol. Gottesdienst in Emmendingen

Donnerstag, den 5. Dez., nachmittags 4 Uhr: Beichtgelegenheit; 5 Uhr: Anbetungsstunde.

Freitag, den 6. Dez., vormittags 7 Uhr: Herz-Jesu-Amt.

Druck und Verlag der Druck- u. Verlagsgesellschaft vorm. Dölter in Emmendingen. Geschäftsinhaber K. Eppig u. Wilh. Jundt. Verantwortlicher Redakteur: Otto Teichmann, Emmendingen.

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei dem schweren Verluste unseres lieben Kindes

Frieda

für die zahlreiche Begleitung zur letzten Ruhestätte, für die vielen Blumen- und Kranzspenden sprechen wir allen unsern tiefgefühlten Dank aus. Besonders danken wir Herrn Pfarrer Köllner für die tröstenden Worte am Grabe.

Landeck, den 4. Dezember 1918.

Familie Hermann Enderlin
Familie Christian Enderlin
Familie Karl Steinmann Ww.

Dank.

10 Tage lang war unser Regiment in Emmendingen untergebracht und hat sich während dieser Zeit der ausserordentlichen Gastlichkeit seiner Quartiergeber zu erfreuen gehabt. Beim Scheiden sprechen nochmals ihren herzlichsten Dank aus. 4310

Alle Kameraden vom Ulanen-Regiment Nr. 21.

Das Forstamt Emmendingen versteigert von Dienstag, den 10. ds. Mts. früh 10 Uhr im Forstamtsgebäude: 19 Paar neue Fausthandschuhe, 49 Handtücher, eine Anzahl von Bauchsägen, Bügelsägen, Fäll- u. Spalt-Aexte, Sägle, Keile, Kännchen, Schüsseln, Feilen, Lampen, eine blechene Waschwanne. Sofortige Barzahlung.

Bekanntmachung.

Kohlenversorgung betr.

Die Bezugscheines für Brennstoffe für Gewerbebetriebe, für Zimmermieter und Schlafgänger, sowie für außergewöhnlichen Bedarf für den Monat Januar 1919 sind bis spätestens 15. Dezember 1918 auf dem Lebensmittelamt schriftlich zu beantragen.

Bei Anträgen von Zimmermietern aus Zusatzkarten müssen Name und Beruf des Mieters angegeben werden.

Emmendingen, den 4. Dezember 1918.

Städt. Lebensmittelamt.

Dürr.

Bekanntmachung.

Kohlenversorgung betr.

Die von der Bezirkskohlenstelle genehmigten Kohlenbezugsscheine für den Monat Dezember 1918 für Gewerbebetriebe, für außergewöhnlichen Bedarf, für Zimmermieter und Schlafgänger, sind am

Donnerstag, den 5. Dezember 1918

auf dem Polizeibüro abzuholen.

Emmendingen, den 4. Dezember 1918. 453

Lebensmittelamt Emmendingen.

Pferde-Versteigerung.

Die bad. Landwirtschaftskammer veranstaltet am **Freitag, den 6. Dezember, vormittags 11 Uhr in Endingen a. K.** eine Versteigerung von zirka 60 arbeitverwendungsfähigen Pferden. Zur Versteigerung sind nur Landwirte und Gewerbetreibende zugelassen, welche eine bürgermeisteramtliche Bescheinigung darüber vorlegen, daß sie zur Aufrechterhaltung ihres Betriebes ein Pferd dringend benötigen.

Wiederverkäufer und Händler sind von der Versteigerung ausgeschlossen. Stricke und Halftern sind mitzubringen. 4312

Was schenke ich dieses Jahr zu Weihnachten?

!Schenken Sie ein gutes Buch!

Sie finden solche in reicher Auswahl für Alt und Jung in unserer Buchhandlung.

☞ Kaufen Sie recht frühzeitig ein bei den jetzigen Verkehrsverhältnissen ist Ausverkauftes später vielleicht nicht mehr zu beschaffen. ☜

Buch- u. Schreibwarenhandlg. Ommerborn.

Emmendingen.

Fr. Schlotterbeck

Magnetopat

Predigerstr. 7 Freiburg i. B.

Habe meine Heilmagnetische Praxis wieder aufgenommen.

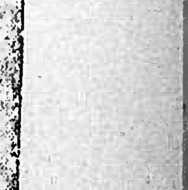
Sprechstunden: von 9—12 u. 2—5 Uhr

Dienstag u. Freitag auswärts.

Schmerzlose Entfernung von Hühneraugen.

Ausschneiden!

Wilhelm-Busch-Album und *Neues Wilhelm-Busch-Album*



Großquart-Format. In 2 Prachtbänden je Mk. 87,40 einschließlich Teuerungszuschlag. Jeder Band etwa 500 Seiten Text mit etwa 1500 Abbildungen.

Gegen Monatszahlungen von **4 Mark** für jeden Band.

Karl Block, Buchhdlg., *Berlin SW68*, Kochstraße 9, Postscheckkonto 20749.

Unterschrift gilt als Bestellung des nicht Durchstrichenen.

Betrag folgt gleichzeitig — ist durch Nachnahme zu erheben — wird durch Monatszahlungen von 4 Mark für jeden Band beglichen. (Nichtgewünschtes streichen.) Erfüllungsort Berlin.

Ort (Post) u. Datum:

Name, Stand und Adresse: 84

Zu verkaufen

ein 8-jähriger, schöner

Zugochse

gut im Zug.

Wilhelm Ingold,

Teningen.

Eine starke trächtige 4290

Kalbin

gut im Zug, hat zu verkaufen oder gegen eine jüngere Kuh umzutauschen.

Karl Krentner, Bischoffingen.

Dachpappe

jedes Quantum per Rolle ca. 10 qm Mk. 4.— zu haben bei

E. Weber, Kenzingen.

Mehrere schöne

Hasen

teils zum schlachten, preiswert zu verkaufen. 4822

Karlfriedrichstr. 19.

Aufruf!

Frauen und Mädchen Emmendingens!

Das neue Deutschland hat auch Euch das Wichtigste politische Recht, das Wahlrecht gebracht.

Zum erstenmal seid Ihr berufen am 5. Januar 1919, dem Tage der Wahl zur Nationalversammlung Badens von diesem Recht Gebrauch zu machen.

In die politische Arbeit soll Euch eine

Frauen-Versammlung

am kommenden Donnerstag Abend ½9 Uhr in der Aula der Realschule führen.

Es sprechen hier:

1.) Frau Hauptlehrerin **Waeldin** aus Freiburg, sowie
2.) Herr Landtagsabgeordneter Oskar **Muser** aus Offenburg

über

Die Mitarbeit der Frau am neuen Staat.

Alle Frauen und Mädchen, die am Wahltage das 20. Lebensjahr erreicht haben, werden dringend ersucht, dieser Versammlung anzuwohnen.

„Freie Aussprache" „Freie Aussprache"

Der vorläufige Vorstand
der deutschen demokratischen Partei von Emmendingen.

Bekanntmachung.

Verabfolgung von Entlassungsanzügen nur durch die Militärbehörden!

Nachdem das preußische Kriegsministerium durch Bekanntmachung vom 15. November 1918 angeordnet hat, daß **jedem** am 9. November und später aus dem Heeresdienst ordnungsmäßig ausscheidenden Unteroffizier und Mann **unentgeltlich ein Entlassungsanzug** (soweit der Vorrat reicht Zivil, sonst Uniform) verabfolgt werden soll, hat sich die Bekanntmachung der Reichsbekleidungsstelle betr. Versorgung der bedürftigen entlassenen Krieger mit bürgerlichen Anzügen und Mänteln vom 19. Oktober 1918 erledigt und wird hiermit **aufgehoben.**

Diese Versorgung mit Entlassungsanzügen erfolgt demnach nicht mehr durch die Reichsbekleidungsstelle und die bisher von ihr hiermit beauftragten Kommunalverbände, **sondern durch die Ersatztruppenteile,** die die Entlassung vornehmen.

Berlin, den 18. November 1918. 4318

Reichsbekleidungsstelle.

Bekanntmachung.

Anläßlich der Verteilung der Listen zu den Wahlen wird auch eine Liste zwecks Feststellung sämtlicher während des Krieges zum Heeresdienst einberufen gewesenen und noch im Heeresdienst befindlichen hiesigen Einwohner ausgegeben. Es wird gebeten, diese Liste ebenfalls genau auszufüllen, da dieselbe teilweise zur Uebersicht der Arbeitslosigkeit am hiesigen Platze Verwendung finden soll.

Die Liste wird gleichzeitig mit den Wahllisten abgeholt werden.

Das Bürgermeisteramt:

Wohnungsamt Emmendingen.

vermittelt kostenlos Zimmer u. Wohnungen. Leerstehende Zimmer u. Wohnungen wollen Zimmer Nr. 1 Rathaus angemeldet werden.

Das Bürgermeisteramt.

Einladung.

Zur Beratung der sofort zu ergreifenden Vorbereitungen um mit dem — Bau von Kleinwohnungen — baldmöglichst beginnen zu können, werden die Herren Bauhandwerkmeister, Holzhändler, Fabrikanten, die Mitglieder des Arbeiter- und Soldatenrates, überhaupt alle sonstigen Einwohner von hier, welche sich für den Bau von Wohnhäusern interessieren, zu einer

Besprechung

auf **Freitag, den 6. Dezember 1918 nachm. 5 Uhr** in das „Rathaus" Bürgersaal eingeladen.

Emmendingen, den 4. Dezember 1918.

Der Gemeinderat.
Rehm

Todes-Anzeige.

Verwandten, Freunden und Bekannten machen wir die schmerzliche Mitteilung, dass mein lieber zweiter Sohn, unser guter Bruder und Schwager

Robert Fischer

im Alter von 19½ Jahren am 18. Oktober auf dem Felde der Ehre gefallen ist. 4313

Um stille Teilnahme bitten

Die trauernden Hinterbliebenen:
Familie Martin Fischer Ww.

Köndringen, den 4. Dezember 1918.

Die Gedächtnisfeier findet am Sonntag, den 8. ds. Mts. nachm. 2 Uhr statt.

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Anteilnahme bei dem schweren Verluste meines nun in Gott ruhenden lieben Mannes, unseres guten Vaters, Grossvaters, Schwiegervaters und Bruders

Gottlieb Bühler, Landwirt

sprechen wir allen denen, die uns mit Trost zur Seite standen und dem Entschlafenen das letzte Geleit gaben, auf diesem Wege unsern tiefgefühlten Dank aus. Besonders danken wir Herrn Pfarrer Leininger für die tröstende Leichenrede beim Begräbnis.

Sexau, den 4. Dezember 1918. 4320

Die trauernden Hinterbliebenen.

Eine zuverlässige

Haushälterin

sofort gesucht bei
Gustav Wiggenhauser,
Emmendingen.

Knecht

für Hausarbeit und Feld, kann sofort eintreten bei 4316
Weber & Gruler,
Inh.: E. Weber,
Kenzingen.

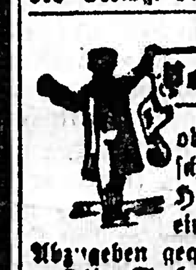
Empfehle mich zum

Ofensetzen

aller Art, sowie Ausmauern und Ausstreichen. Für Fabriken: Kesselausmauern, Isolieren von Dampf- und Kaltwasserleitungen.
J. Kraus, Ofensetzer,
Elzstraße 12, II, Emmendingen.

Schriftl. Arbeiten

werden sauber und billig ausgeführt. 4319
Wo sagt die Geschäftsstelle der Breisg. Nachrichten.



4321
oder höchstwahrscheinlich in einem Hause liegen lassen eine ältere Pelerine
Abzugeben gegen Belohnung bei
Otto Fuchs, Heilanstalt.

Zu kaufen gesucht guterhaltenen

Kindersportwagen
und
Kochherd

Angebote unter Nr. 4245 an die Geschäftsstelle des Blattes

Breisgauer Nachrichten

Verkündigungsblatt der Stadt Emmendingen.

Beilage: Amtliches Verkündigungsblatt des Amtsbezirks Emmendingen und der Amtsgerichtsbezirke Emmendingen und Kenzingen.

Verbreitet in den Amtsbezirken Emmendingen (Kenzingen), Breisach, Ettenheim, Waldkirch und am Kaiserstuhl.

Erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- u. Feiertage.
Bezugspreis: durch die Post frei ins Haus Mk. 2.57 das Vierteljahr, durch die Austräger frei ins Haus 90 Pfg. den Monat.
Anzeigenpreis: die einspalt. Kleinzeile oder deren Raum 20 Pfg., bei öfterer Wiederholung entsprechenden Nachlaß, im Reklameteil die Zeile 40 Pfg. Bei Platzvorschrift 20% Zuschlag. Beilagengebühr das Tausend 6 Mk.
Telegramm-Adresse: Dölter, Emmendingen.

Wochen-Beilagen: Amtliches Verkündigungsblatt des Amtsbezirks Emmendingen (Amtsgerichtsbezirke Emmendingen und Kenzingen)
Ratgeber des Landmanns (4seitig m. Bildern).
Breisgauer Sonntagsblatt (8seitig m. Bildern).
Monats-Beilage: Der Wein- und Obstbau im badisch. Oberland, besonders für das Markgräflerland u. den Breisgau.
Fernspr.: Emmendingen 3, Freiburg 1392.

Nr. 285 (Evang: Nikolaus) Emmendingen, Freitag, 6. Dezember 1918. (Kath.: Nikolaus) 53. Jahrgang

Die Vorgänge im Deutschen Reich.

WTB. Berlin, 5. Dez. Bei der Bürgerwache von Neuenburg wurde wiederum eine größere Anzahl von Personen abgeliefert, die aus dem Oberelsaß stammen und von den Franzosen ausgewiesen waren. Sie gaben an, daß alle Nichtelsässer und alle naturalisierten Elsässer interniert oder abgeschoben werden. Als Elsässer gelten für die französischen Behörden diejenigen, deren Väter Elsässer waren. Die aus Straßburg ausgewiesenen Deutschen sagen übereinstimmend aus, daß sämtliches deutsches Geld bis zum 15. Dezember umgewechselt sein muß, wobei der Kurs der Mark für Elsässer auf 1.25 Francs dagegen für Deutsche auf nur 60 Centimes berechnet wird. Zeitungsnachrichten mit der Ueberschrift „Ein französisches Milliardengeschenk an Elsaß-Lothringen" bestätigen diesen Sachverhalt. Durch Plakate wird zur Plünderung deutscher Geschäfte aufgefordert, ohne daß die Franzosen irgendwelche Schritte dagegen tun. Französische Offiziere äußerten, sämtliche Deutschen würden auf dringendes Verlangen der Elsässer ausgewiesen. Die Männer im Wehrpflichtigen Alter würden interniert, um dann später zum Wiederaufbau in Frankreich verwendet zu werden.

WTB. Stuttgart, 3. Dez. Gestern abend sind die Finanzminister der süddeutschen Bundesstaaten Bayerns, Sachsens, Württembergs, Badens und Hessens hier zusammengekommen, um die vor einigen Tagen begonnenen Beratungen über gemeinsame Finanzfragen, z. B. die Entschädigung der A.- und S.-Räte, den Druck eigener Banknoten, die Rückzahlung der Unterstützungsbeiträge usw. fortzusetzen. Der Hauptgegenstand der Beratungen wird jedoch die Frage bilden, auf welche Weise neue Steuern aufzutreiben sind.

Die Eingriffe in die Pressefreiheit.

(WTB) **Berlin,** 3. Dez. In letzter Zeit haben sich die Klagen über unrechtmäßige Eingriffe in bürgerliche Zeitungsbetriebe gemehrt. In allen solchen Fällen ist von der Reichsregierung sofort eingeschritten worden. Den daran beteiligten Arbeiter- und Soldatenräten ist kein Zweifel darüber gelassen worden, daß die Reichsregierung auf unbedingteste Innehaltung der von ihr verkündeten Pressefreiheit bestehe

Zum Waffenstillstand und Friedensschluß.

Die Verhandlungen und Vereinbarungen der Waffenstillstandskommission.

WTB. Spaa, 2. Dez. (Nichtamtlich.) Der Vertreter der Transozeannachrichtengesellschaft meldet: Die Finanzkommission der internationalen Waffenstillstandskommission unterzeichnete am 1. Dezember das Schlußprotokoll, worin u. a. folgende Vereinbarungen mitgeteilt sind:

Die deutsche Regierung verpflichtet sich, keinerlei Maßnahmen zu ergreifen, welche geeignet sind, ihren fiskalischen und privatwirtschaftlichen Besitz in irgend einer Weise zu vermindern, da dieser Besitz das gemeinsame Unterpfand der Alliierten zur Deckung der Kriegsschäden ist, worauf sie Anspruch haben.

Weiter verpflichtet sich die deutsche Regierung, die Eisenbahnen, Kanäle, Bergwerke, Forsten sowie Unternehmen kolonialwirtschaftlicher, industrieller und kommerzieller Art, welche ihr gehören oder woran sie beteiligt ist, weder zu verkaufen noch zu verpfänden.

Ferner verpflichtet sich die deutsche Regierung, während der Dauer des Waffenstillstandes keine Goldausfuhr vorzunehmen oder zuzulassen.

Sollte sie sich unbedingt gezwungen sehen, für die normalen Bedürfnisse ihres Wirtschaftslebens von den Bestimmungen dieser Bedingungen abzuweichen, so muß sie vorher die alliierten Regierungen in Kenntnis setzen.

Die deutsche Regierung verpflichtet sich weiter, außerhalb der normalen Bedürfnisse ihres Wirtschaftslebens aus dem Bestande an ausländischen Wechseln, welche dem Reichsschatzamt oder der Reichsbank gehören, oder sich in ihrer Eigenschaft als Devisenzentrale in ihrem Besitz befinden, keinerlei Uebertragung in das Ausland weder direkt noch durch Mittelpersonen vorzunehmen. Dieselbe Verpflichtung wird eingegangen für die ausländischen Effekten, die der deutschen Regierung oder der Reichsbank gehören oder die ihnen als Unterlagen für Lombardvorschüsse dienen. Jede Handlung, die dieser Vereinbarung widerspricht, wird von den Regierungen der Alliierten als rechtsungültig angesehen. Die deutsche Regierung wird alle möglicherweise daraus zuziehenden Folgen zu tragen haben.

In Bezug auf die Rückerstattung der nach Deutschland überführten Beträge aus den Gebieten der Alliierten, welche im Waffenstillstandsvertrag vorgesehen ist, wurde vereinbart, daß die Rückzahlung der aus Belgien und Nordfrankreich stammenden Geldsummen in derselben Währung geschehen soll, in der sie seinerzeit weggeführt wurde. In Fällen, in denen dies nicht möglich ist, soll die Rückerstattung in Mark erfolgen und zwar zum provisorischen Kurse von 1.25 Francs für die Mark. Jedoch behalten sich die alliierten Regierungen das absolute Recht vor, später den Austausch der Markbeträge gegen französische oder belgische Francs zu dem gleichen Kurse oder gegen Lieferung von Goldwährungswerten auf Basis von 1.25 Francs für die Mark zu fordern.

*

WTB. Köln a. Rh., 5. Dez. Mit dem heutigen Tage ist der Telegraphen- und Telephonverkehr infolge feindlicher Besetzung unterbrochen. Infolge der ausgesetzten Geldprämien für Bergung von Geschützen auf dem rechten Rheinufer vor der feindlichen Besatzung durch Köln entwickelte sich hier ein eigenartiges Bild. Entlassene Soldaten, halbwüchsige Burschen, und die Schuljugend haben sich vor die Protzen und die leichten Geschütze gespannt und retten das kostbare Material vor dem Feinde, der heute abend oder morgen früh hier einzieht.

Berlin, 4. Dez. (Privatmeldung.) Der Pariser Matin schreibt: Da die Deutschen mit der Ablieferung der Lokomotiven und Waggons nicht vor dem 17. Dezember fertig werden, ist mit einer Verlängerung der festgesetzten Auslieferungsfrist zu rechnen. Dadurch wird aber auch wieder der Beginn der Friedensverhandlungen hinausgeschoben, da es unzulässig wäre, in solche einzutreten, bevor nicht die Deutschen die Waffenstillstandsbedingungen restlos erfüllt haben. Die Besprechungen der Alliierten untereinander werden am 20. Dezember unter Teilnahme Wilsons beginnen.

WTB. Berlin, 5. Dez. Nachrichten aus Holland zufolge wird die englische Regierung bei den Friedensverhandlungen fordern, daß Deutschland seine Flotte mehrere Jahre in den Verbandsländern interniert lassen muß. England vertritt diese Forderung, um zu verhindern, daß Deutschland als Militärmacht nochmals Bedeutung erlangen kann.

WTB. Berlin, 5. Dez. In einem Leitartikel vom 1. d. Mts. bringt „Gazette de Lausanne" die Drohung, daß die Entente den Waffenstillstand nicht verlängern werde, vielmehr bei Ablauf ihre Armeen den Rhein überschreiten würden, wenn bis dahin der Bolschewismus in Deutschland die Oberhand gewonnen haben sollte. Es wird weiter erklärt, daß die Entente mit allen Mitteln gegen den Bolschewismuß vorgehen und zusammen mit dem ordnungsliebenden Geist der deutschen Bevölkerung gesicherte Verhältnisse wieder herstellen würde. Da die „Gazette de Lausanne" allgemein als französisches Sprachrohr gilt, so scheint dieser Artikel als besonders bemerkenswert.

Eine Besetzung Berlins beabsichtigt?

Berlin, 5. Dez. Die Deutsche Allg. Ztg. meldet: Wie ein amerikanischer Funkspruch vom 29. November meldet, sollen alliierte und amerikanische Truppen Berlin zeitweilig besetzen, um dort Polizeidienste zu versehen.

Ein englischer Armeebefehl.

Berlin, 4. Dez. (Privattelegramm.) Das Berliner Tageblatt meldet aus dem Haag: Beim Betreten des deutschen Bodens durch die englischen Truppen ist von der englischen Heeresleitung folgender Tagesbefehl ausgegeben worden: „Die vollkommenste Ordnung muß von den Truppen, die den Vorzug haben, in Deutschland einzurücken, eingehalten werden. Die englische Tradition im Verhalten zu einem geschlagenen Feinde ist hochzuhalten, denn alle Maßregeln zu Herbeiführung von Entschädigungen und Wiedervergeltungen sind Sache der Behörden und nicht der Einzelnen."

Entsprechende Aufrufe der Franzosen und der Belgier sind nicht bekannt geworden.

Die Kosten für die Besatzungstruppen.

Berlin, 4. Dez. Der Vorwärts meldet: General Nudet hat der deutschen Waffenstillstandskommission eine Note überreicht, in der für die englischen Besatzungstruppen für den ersten Monat 40 Millionen Mark gefordert werden, für die Amerikaner 44 Millionen. Die erste Rate von 10 Millionen Mark ist am 5. Dezember in Köln abzuliefern. Forderungen über weitere Kosten der Besatzungen werden noch bekannt gegeben.

Unberechtigte belgische Forderungen.

(WTB) **Berlin,** 5. Dez. Lyoner Blätter zufolge überreichte der Direktor der Brüsseler Museen dem Ministerium der Schönen Künste die Forderung, die belgischen Kunstschätze, soweit sie zerstört oder entwendet wurden, aus den öffentlichen Sammlungen Deutschlands zu ersetzen und durch Sicherung der belgischen Kunstschätze die privaten und öffentlichen Sammlungen in Deutschland zu beschlagnahmen. — Dieser Forderung fehlt jede Grundlage des Rechts. Was an belgischen Kunstschätzen zerstört worden ist, wurde im Verlauf der Kampfhandlungen teils durch Artilleriefeuer teils durch Fliegerbomben vernichtet. Für die Erhaltung der belgischen Kunstschätze tat die deutsche Verwaltung alles, was möglich war.

Aus Elsaß-Lothringen.

Berlin, 4. Dez. (Privatmeldung.) Der Bürgermeister von Metz hat laut einer Berner Meldung der Vossischen Zeitung eine Proklamation erlassen, in der er sich und die Bewohner der Stadt zu Franzosen erklärt. Den zurückgebliebenen Deutschen wird in verletzenden Wendungen bis zum Friedensschluß eine loyale Behandlung zugesagt. In einer weiteren Kundgebung wird erklärt, daß die Industrie nicht weiter in den Händen feindlicher Abkömmlinge bleiben dürfe. Die Aktien der großen deutschen Gesellschaften sollen von der französischen Regierung auf Rechnung der Kriegsentschädigung aufgekauft und an die französischen Kapitalisten weiter gegeben werden.

Berlin, 4. Dez. (Privatmeldung.) Präsident Poincare wird am Samstag Paris im Sonderzug verlassen, um seinen angekündigten offiziellen Einzug in Elsaß-Lothringen zu halten. Der Präsident wird am Sonntag Metz und am Montag Straßburg besuchen. In einem zweiten Sonderzug werden die Vertreter der beiden Kammern, insgesamt 300 Deputierte und 100 Senatoren, sowie das diplomatische Korps der Entente dem Präsidenten folgen.

Das Los unserer Gefangenen.

WTB. Berlin, 3. Dez. An die hiesige schweizerische Gesandtschaft ist nachstehende Verbalnote gerichtet worden:

Durch die von den verbündeten Mächten dem deutschen Volke auferlegten Waffenstillstandsbedingungen ist bestimmt, daß die in deutscher Gewalt befindlichen Kriegsgefangenen und Zivilinternierten ohne Gegenleistung heimbefördert werden sollen. Die bisher gültigen Vereinbarungen über den Austausch von Kriegsgefangenen sind dabei als hinfällig erklärt worden. Da für die Zivilinternierten eine entsprechende Bestimmung nicht vorgesehen ist, glaubt die deutsche Regierung erwarten zu dürfen, daß die deutschen Zivilinternierten in den feindlichen Ländern, sofern für sie nach den bisherigen Vereinbarungen Anspruch auf Heimbeförderung besteht, auch weiterhin aus der Gefangenschaft entlassen werden. Das Auswärtige Amt bittet die schweizerische Gesandtschaft in London und Paris, bei der britischen und französischen Regierung, mit denen derartige Verträge abgeschlossen sind, diesen Standpunkt mit Nachdruck geltend zu machen und auf entsprechende Maßnahmen dringen zu lassen. Aber auch zu Gunsten der übrigen Zivilgefangenen und Kriegsgefangenen, die ebenso wie ihre Angehörigen angesichts der Lage der Verzweiflung zutreiben, glaubt die deutsche Regierung im Interesse der Menschlichkeit Schritte bei den am Waffenstillstand beteiligten Regierungen unternehmen zu sollen. Es darf gebeten werden, bei diesen Regierungen auf die Annahme der nachstehenden Vorschläge mit tunlichster Beschleunigung wirken zu wollen:

1. Sofortige Aufnahme der in Aussicht gestellten Verhandlungen über die Entlassung der deutschen Gefangenen.
2. Ermächtigung für die Vertreter der Schutzmächte und der anerkannten Hilfsvereine, die deutschen Kriegsgefangenen im Operationsgebiet zu besuchen und zu unterstützen. Militärische Bedenken dürften nach dem Aufhören der Feindseligkeiten nicht mehr bestehen.
3. Zulassung des freien Ankaufs von Lebensmitteln für die Gefangenen. Da infolge der Waffenstillstandsbedingungen mit einer Hungersnot und schweren Verkehrsstörungen in Deutschland gerechnet werden muß, ist die schon bisher beschränkte Möglichkeit, die deutschen Kriegsgefangenen und Zivilinternierten von Deutschland aus mit Lebensmitteln zu versorgen, ganz ausgeschlossen.
4. Reichliche Versorgung der Gefangenen mit Wäsche und warmer Kleidung durch die alliierten Staaten vor Eintritt der Kälte, da wegen Mangel an Vorräten und wegen Transportstockungen eine Uebersendung aus Deutschland nicht erfolgen kann.
5. Tatkräftige Förderung einer gesteigerten Liebesgabenversorgung vom neutralen und bisher feindlichen Ausland aus, die sofort in die Wege geleitet wird. Gegenseitigkeit ist im vollsten Maße gewährleistet. Insbesondere hat das britische Rote Kreuz in Kopenhagen auf seine Anfrage bereits die Erlaubnis zur Einreise erhalten.

Für tunlichst baldige Benachrichtigung von dem Ergebnis der dortigen Vermittung würde das Auswärtige Amt der Gesandtschaft zu Dank verpflichtet sein.

Die Vorgänge in Oesterreich.

WTB. Prag, 2. Dez. Heute gegen 3 Uhr nachmittags zog eine Menge von mehreren hundert Personen vor das Gebäude des „Prager Tagblattes". Während die eisernen Rolläden niedergelassen wurden, drang eine Gruppe von Leuten in den Hof und zerschmetterte die Firmentafel am Eingang zur Redaktion, während eine andere Gruppe in das Expeditionslokal gelangte und dort in geradezu vandalischer Weise hauste. Indessen begannen auf der Straße einige Burschen, mit Beilen